

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 6/2008

10. Juli 2008

Entscheidung für Neuwahlen war richtig

Die zu Ende gehende Nationalratswoche hat für Österreich eine entscheidende Weichenstellung gebracht: das vorzeitige Ende der Legislaturperiode und das Vorziehen der Nationalratswahlen auf den 28. September.

Aus meiner Sicht war das eine unvermeidliche Entscheidung. In der Regierungskoalition war kein Weiterkommen mehr. Die erste Phase der Zusammenarbeit war zwar noch durchaus konstruktiv und hat auch Ergebnisse gebracht. Aber zuletzt hat es die SPÖ sich zur Methode gemacht, ständig neue Hürden aufzustellen und damit die Koalition zu unterlaufen. Die Umsetzung des vor eineinhalb Jahren verabschiedeten gemeinsamen Regierungsprogramms war damit nicht mehr möglich.

Die Wahl am 28. September bedeutet für die ÖVP auf allen ihren Ebenen sicher eine große Herausforderung. Gerade in den Sommermonaten sind viele Vorbereitungen zu treffen. Umso wichtiger ist es, die Intensivphase im September möglichst gut zu nutzen.

Die ÖVP unter Wilhelm Molterer steht für eine verlässliche, verantwortungsvolle Politik für Österreich und seine Menschen. Unser Ziel ist es, wieder die Nummer 1 im Land zu werden, damit wir diese Politik auch umsetzen können.

Weitere parlamentarische Beschlüsse

Neben dem Beschluss zur vorzeitigen Auflösung des Nationalrats wurden in dieser Woche aber auch eine Reihe von sachpolitischen Beschlüssen gefasst, die in den letzten Wochen und Monaten vorbereitet wurden. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Neuerungen.

Klimaschutz wird weiter forciert

Einen enorm wichtigen Beitrag zum Klimaschutz bedeutet die Novelle zum Ökostromgesetz. Die jährlichen Mittel für neue Anlagen zur Stromerzeugung aus Biomasse, Wind, Sonne und Kleinwasserkraft werden von 17 auf 21 Mio. Euro angehoben. Die Laufzeit der den Herstellern garantierten geförderten Einspeisetarife wird je nach Energieträger auf 13 bis 15 Jahre verlängert (bisher 11,25 Jahre). Auch die Photovoltaik wird von attraktiveren Förderungsbedingungen profitieren.

Ein neues Gesetz soll den Ausbau von Fernwärmenetzen forcieren. Gefördert werden Ausbauprojekte bestehender Netze, Infrastrukturanlagen und -projekte sowie die Nutzung industrieller Abwärme. Nachdem sich Klimaanlage immer mehr verbreiten, werden auch Fernkälteprojekte förderbar sein.

Wahlfreiheit und Nichtrauchererschutz

Einen vernünftigen Kompromiss zwischen den Interessen von Rauchern und Nichtrauchern bringt das neue Tabakgesetz, das vor allem für die Gastronomie neue Spielregeln bringt. Wirte von kleinen Lokalen unter 50 m² können selbst entscheiden, ob ihre Gäste rauchen dürfen oder nicht. In Lokalen über 80 m² muss es einen abgetrennten Raucher- und Nichtraucherzonen geben, wobei der Nichtraucher-Bereich 50 % der gesamten Betriebsfläche in Anspruch nehmen muss. Bei Lokalen zwischen 50 und 80 m² gilt: Wenn baulich keine Teilung in Raucher- und Nichtraucherzone möglich ist, entscheidet der Wirt selbst.

Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25

Eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz legt fest, dass die Schülerhöchstzahl pro Klasse auf 25 gesenkt wird. Die Voraussetzungen für diese Maßnahme wurden von der ÖVP bereits in der vergangenen Legislaturperiode vorbereitet. Dieser Richtwert gilt für Volksschule, Hauptschule, Polytechnische Schule und AHS-Unterstufe. In der AHS-Oberstufe soll die Höchstzahl von 30 Schülern nicht überschritten werden. Die bereits früher beschlossene Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre ist der Anlass, in der Hauptschule neben "Geschichte und Sozialkunde" einen neuen Pflichtgegenstand "Geschichte und politische Bildung" einzuführen.

Konsequentes Vorgehen gegen Doping im Sport

Ein im Vorfeld der Olympischen Spiele unübersehbares Signal setzt Österreich im Kampf gegen Doping. Das neue Anti-Doping-Gesetz enthält schärfere Strafbestimmungen und bezieht auch Blut- bzw. Gen-Doping ein. Ein überführt Sportler selbst bleibt straffrei, gerichtlich verfolgt werden dafür die Hintermänner, Organisatoren und jene, die verbotene Substanzen in Umlauf setzen.

Einigkeit in Sachen Gentechnik

Einen Konsens zwischen allen fünf Parteien gab es in der Gentechnik-Frage. Ein gemeinsamer Beschluss gibt die Linie für die Erhaltung einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion vor. Mit dem Maßnahmenkatalog werden unter anderem die Voraussetzungen geschaffen, in Österreich weiterhin gentechnisch unverändertes Saatgut anzubauen. Festgelegt wird auch, dass auch künftig ein ausreichendes Angebot von Futtermitteln aus österreichischer Produktion zur Verfügung stehen soll. Kennzeichnungsregeln dienen als Voraussetzung für die Entscheidung der Konsumenten, um gentechnikfreie Lebensmittel zu kaufen. Auch das Selbstbestimmungsrecht der gentechnikfreien Regionen Europas wird Österreich gegenüber der EU weiterhin einfordern.

Überprüfbare Bildungsstandards

Ab dem Jahr 2012 werden im Schulsystem so genannte Bildungsstandards eingeführt. In Deutsch, Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften sollen die Schüler zu bestimmten Zeitpunkten ein ganz bestimmtes Wissen aufweisen, das auch entsprechend überprüfbar ist.

Menschenrechte müssen auch in China eingehalten werden

Im Vorfeld der Olympischen Spiele hat der Nationalrat von China die Einhaltung der Menschenrechte eingefordert. Dazu zählen die Freilassung aller Gewissensgefangener, die Abschaffung willkürlicher Haft von Menschenrechtsaktivisten, eine unbeeinflusste Medienberichterstattung sowie die Achtung der kulturellen und religiösen Rechte von Minderheiten. Auch die Abschaffung der Todesstrafe ist als Ziel im Forderungskatalog angeführt.

Erweiterter Zugang zur Berufsmatura

Die Zugangsmöglichkeiten zur Berufsreifeprüfung werden ab dem kommenden Schuljahr auf einen größeren Personenkreis ausgeweitet. Zugang zur Berufsmatura haben demnach künftig auch öffentlich Bedienstete, Personen mit dreijähriger Berufstätigkeit, die zumindest des 3. Jahrgang einer BHS abgeschlossen haben sowie für Absolventen des 4. Semesters von BHS für Berufstätige.

Gertrude Brinek wird neue Volksanwältin

Gertrude Brinek folgt als neue Volksanwältin der nunmehrigen Innenministerin Maria Fekter nach. Brinek war in den letzten Jahren als Wissenschaftssprecherin der ÖVP politisch tätig.

Mit den besten Wünschen für Eure bzw. Ihre politische Arbeit und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat